

2026-05-09

Humanisten bedauern Politik-Wahn

Klimawahn: Die billionenteure Fata Morgana

Thomas Hartung



Zuerst zerstört man durch ideologisch getriebene Energiepolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie – und anschließend subventioniert man dieselbe Industrie mit Steuergeld, damit sie unter den politisch verursachten Bedingungen überhaupt noch existieren kann. Das ist kein Markt mehr. Das ist ein planwirtschaftlicher Kreislauf aus Regulierung, Verknappung und anschließender Staatsrettung.

Kürzlich, am 7. Mai 2026, begab sich ein bemerkenswerter Gleichklang der Ereignisse: Während Klimaforscher still und leise eines ihrer dramatischsten Szenarien kassieren, genehmigte Brüssel gleichzeitig weitere Milliardenhilfen für die „*klimafreundliche Transformation*“ der Industrie. Genauer gesagt: Jenes Extremszenario namens RCP8.5, mit dem Politik, Medien und Aktivisten über Jahre operierten, wird nun aber selbst innerhalb der Klimaforschung zunehmend als unrealistisch angesehen. [Axel Bojanowski beschreibt in der „Welt“](#), wie dieses Szenario jahrzehntelang als apokalyptische Referenz diente, obwohl seine Annahmen – etwa eine massive globale Renaissance der Kohleverstromung – längst als unwahrscheinlich galten. Und doch beruhte auf genau diesem Alarmismus ein erheblicher Teil jener politischen Dynamik, die Europa heute wirtschaftlich lähmt.

Das eigentlich Bemerkenswerte ist nämlich nicht, dass Wissenschaft Irrtümer korrigiert; das ist an sich ihre Stärke. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Politik ihre gigantischen Transformationsprogramme unbeirrt fortsetzt, obwohl die Grundlage ihrer apokalyptischen Erzählung sichtbar brüchig wird. Fünf Milliarden Euro neue Staatshilfen für die Industrie, wie das Handelsblatt am selben Tag berichtet. Weitere Milliarden für Wasserstoff, Dekarbonisierung, Transformationsfonds, Subventionen, CO₂-Ausgleichssysteme und „*klimafreundliche*“ Produktionsweisen. Man muss sich diese Logik vor Augen führen: Zuerst zerstört man durch ideologisch getriebene Energiepolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie – und anschließend subventioniert man dieselbe Industrie mit Steuergeld, damit sie

unter den politisch verursachten Bedingungen überhaupt noch existieren kann. Das ist kein Markt mehr. Das ist ein planwirtschaftlicher Kreislauf aus Regulierung, Verknappung und anschließender Staatsrettung.

Subventionsregime statt Kurskorrektur

Besonders grotesk wird dies beim Thema Energie. Deutschland hat funktionierende Kernkraftwerke abgeschaltet, gleichzeitig die Energiepreise explodieren lassen und versucht nun, die Folgen dieser Politik durch milliarden schwere Beihilfeprogramme abzufedern. Selbst moderate Stimmen wie Bojanowski weisen inzwischen darauf hin, dass große Teile des Klimajournalismus jahrelang Unsicherheiten unterschlagen und apokalyptische Szenarien politisch verstärkt haben. Doch anstatt daraus eine nüchterne Neubewertung abzuleiten, reagiert die Politik mit noch mehr Geld. Das eigentliche Problem liegt tiefer: Die Klimapolitik hat sich längst von einer rationalen Umweltpolitik zu einer säkularen Erlösungslehre entwickelt. Ihre zentrale Figur ist die „*Transformation*“: Nicht Verbesserung, nicht Anpassung, sondern totale Umgestaltung. Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, Wohnen, Konsum, Ernährung – alles soll umgebaut werden.

Und wie jede Heilslehre produziert auch diese ihre eigenen Dogmen. Zweifel gelten schnell als moralisches Versagen. Wer auf Unsicherheiten hinweist, wird als „*Klimaleugner*“ etikettiert. Wer auf ökonomische Schäden aufmerksam macht, gilt als „*verantwortungslos*“. Dabei sprechen die realen Entwicklungen eine immer deutlichere Sprache: Deutschland verliert industrielle Substanz, energieintensive Unternehmen wandern ab, Investitionen brechen ein, der Mittelstand gerät unter Druck. Gleichzeitig steigen die Staatsausgaben für „*Transformation*“ immer weiter. Die EU reagiert darauf nicht mit Kurskorrektur, sondern mit einem gigantischen Subventionsregime. Das erinnert zunehmend an historische Fehlsteuerungen spätbürokratischer Systeme: Man erzeugt künstlich Krisen durch Regulierung – und versucht anschließend, die Folgen mit immer größeren Geldmengen zu kompensieren.

Die Realität lässt sich nicht wegmoralisieren

Die eigentliche Ironie lautet jedoch: Selbst wenn man die Klimarisiken ernst nimmt, folgt daraus nicht automatisch die Rationalität der aktuellen Politik. Zwischen der Anerkennung eines Problems und der Rechtfertigung einer wirtschaftlichen Selbstzerstörung liegt ein erheblicher Unterschied. Doch genau diese Differenz ist im politischen Diskurs verschwunden.

Stattdessen erleben wir eine Form staatlich organisierter Panikökonomie. Die Politik benötigt ständig neue Katastrophenszenarien, um immer tiefere Eingriffe zu legitimieren. Fällt ein Szenario weg, wird das nächste präsentiert. Selbst Bojanowski spricht inzwischen von einer „*Klima-Apokalypse*“ als medialem Dauerzustand.

Die Folgen tragen nicht die Aktivisten, sondern Bürger und Unternehmen durch höhere Energiepreise, steigende Abgaben, sinkende Wettbewerbsfähigkeit und die wachsende

Staatsabhängigkeit der Wirtschaft. Man könnte es auch einfacher formulieren: Wir pumpen Milliarden in eine ideologische Fata Morgana. Je offensichtlicher die Widersprüche werden, desto hektischer wird nachsubventioniert. Die Politik gleicht inzwischen einem Spieler, der seinen Verlusten hinterherläuft und immer höhere Einsätze tätigt, weil das Eingeständnis des Irrtums politisch unmöglich geworden ist. Doch ökonomische Realität lässt sich nicht dauerhaft wegmoralisieren. Auch die teuerste Ideologie scheitert irgendwann an Physik, Märkten und Wohlstandsverlust. Und vielleicht ist genau das der eigentliche Grund, warum das alte Klima-Schreckensszenario nun verschwindet: Nicht weil die Politik nüchterner geworden wäre, sondern weil die Realität beginnt, stärker zu werden als die Erzählung.

Thomas Hartung, geb. 1962 in Erfurt; promovierte nach seinem Lehramtsstudium in Magdeburg 1992 zur deutschen Gegenwartsliteratur und war danach als Radio- und Fernseh-Journalist in Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie als freiberuflicher Dozent für Medienproduktion und Medienwissenschaft an vielen Hochschulen Deutschlands tätig. Der bekannte „Erzliberalkonservative“ trat als Student in die LDPD ein und 1990 aus der FDP aus: von „mislungener Einheit“ nicht nur mit Blick auf die Parteienfusion spricht er bis heute. Hartung war im April 2013 Mitbegründer der AfD Sachsen und wurde zweimal zum Landesvize gewählt. Seit März 2020 ist er Pressesprecher der AfD-Fraktion Baden-Württemberg. Aktueller Buchtitel: [Umerziehungsrepublik Buntland. Wider die Demontage des Eigenen.](#) Gerhard Hess Verlag: Uhingen 2025.

[Kleinere redaktionelle Korrekturen. Red.]

Zuerst veröffentlicht in [ANSAGE!](#), mit freundlicher Genehmigung von Thomas Hartung übernommen.